

Medienmitteilung

Thema	Rechnung 2019 der Stadt Bern
Für Rückfragen	Peter Ammann, 079 222 71 90, peter.ammann@grunliberale.ch Maurice Lindgren, 079 765 37 00, maurice.lindgren@gmail.com
Absender	Grünliberale Fraktion Stadt Bern, 3000 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	2. April 2020

Die Grünliberalen nehmen das Defizit in der Jahresrechnung 2019 mit Enttäuschung, aber mit wenig Überraschung zur Kenntnis. Die angekündigten Entlastungsmassnahmen 2020 gleichen einem Hüst und Hott und lassen eine klare Strategie vermissen. Die Ursachen des Defizits liegen tiefer, nämlich in der ungebremsten Ausgabenpolitik der letzten Jahre. In Krisenzeiten gilt es zudem, vom angehäuften Eigenkapital zu zehren.

Das Ergebnis der heute präsentierten Rechnung 2019 überrascht die Grünliberalen nicht. Es war vor dem stetig wachsenden Ausgabenausbau und der immer forscheren Budgetierung der Steuereinnahmen der vergangenen Jahre unvermeidlich.

Das Problem ist aber weder das momentane Defizit, noch ist es Corona. Die kontinuierliche, überproportionale und im Ausmass ungerechtfertigte Erhöhung der Ausgaben in den vergangenen «fetten» Jahren ist dafür verantwortlich. Der Gemeinderat und die Parlamentsmehrheit sind in ihrer Wachstumseuphorie einer überbordenden, nicht nachhaltigen Finanzpolitik verfallen.

Die Grünliberalen verlangen seit Jahr und Tag eine Ausgaben- und Schuldenpolitik, die auch langfristig dem Anspruch der Nachhaltigkeit - einem aus der Ökologie stammendem Prinzip - genügt. Mit seiner Ausgabenpolitik hat es der Gemeinderat zudem verpasst, seine eigenen finanzpolitischen Eckwerte einzuhalten. Dies haben die Grünliberalen immer wieder aufgezeigt und dabei für eine generationengerechte Finanzpolitik plädiert.

Von einer langfristigen Finanzplanung zeugen auch die präsentierten Entlastungsmassnahmen 2020 nicht: In den Vorjahren wurden die Wunschkonzerte gewisser Direktionen grosszügig berücksichtigt, nun soll aber einem «fixen Quotenschlüssel» über alle Direktionen gespart werden. In Angesicht der sich anbahnenden Wirtschaftskrise müsste im Sinne einer antizyklischen Fiskalpolitik ein Defizit mit dem vorhandenen Eigenkapitalpolster hingenommen werden. Als Gegenstück dazu gälte es in konjunkturell guten Zeiten hohe Überschüsse zu budgetieren und Mass zu halten bei den Ausgaben.

Der Gesamtgemeinderat macht in finanzpolitischen Angelegenheiten einen führungslosen Eindruck. Die Stadt Bern braucht insbesondere in Krisenzeiten eine Führung, die mit der nötigen Weitsicht zu den städtischen Finanzen schaut und nicht in unnötigen Aktivismus verfällt.